

Correspondenzblatt

der

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Das Blatt erscheint
jeden Montag.

Abonnementspreis pro Quartal M. 1,50.
Postzeitungsnummer 1657.
Vorstände und Vertrauensleute der Gewerkschaften
erhalten das Blatt gratis.

Redaktion:
B. Umbreit,
Marktstraße Nr. 15, II.
Hamburg 6.

Inhalt:

	Seite		Seite
Die katholische Arbeiterbewegung in Spanien.....	833	Kongresse: Kongress des schweizerischen Gewerkschaftsbundes.	
Gesetzgebung und Verwaltung Der Zolltarif in erster Reichstagslesung. — Notstandsinterpellation im Reichstage.....	835	— Der 3. Belgische Gewerkschaftskongress. — Zur Berichterstattung.....	836
Soziales: Arbeitslosigkeit und Arbeitsnachweis in der Schweiz	836	Arbeiterversicherung: Die Ergebnisse der Vertreterwahlen zum Reichsversicherungsamt.....	838
Arbeiterbewegung. Streikverhütung in Nordamerika. — Monatliche Arbeitslosenstatistik der Töpfer und Porzellanarbeiter. — Bureau der Düsseldorfener Metallarbeiter. — Wahl des internationalen Buchdruckersekretärs. — Zum Fall Eischenbörfer.....	836	Gewerbegerichtliches: Die Novelle zum Gewerbegerichtsgesetz. — Wahlen in Zerbst, Freiberg, Reichenbach und Seiffenkirchen.....	840
		Kartelle: Rechtsschutz im Brüsseler Gewerkschaftskartell.....	840

Die katholische Arbeiterbewegung in Spanien.

Es gehört zu den stehenden Einrichtungen in der ultramontanen Publizistik, hinzuweisen auf das „einzige gute Bollwerk gegen den Sozialismus, die katholische Kirche.“ Leugnen läßt sich ja auch nicht, daß in strengklerikalen Gegenden die sozialdemokratische Bewegung meistens viel schlechter vorwärts kommt als anderswo. Ein Fehlschluß ist es jedoch, diese Thatsache aus der „geistigen Ueberlegenheit der kirchlichen Vertreter“ zu erklären oder gar der „allgemein sozialwohlthätigwirkenden Politik der Mutter Kirche“ die Schuld zu geben. Recht grobmateriellen Gründen verdankt der Klerus seinen Einfluß in den von ihm beherrschten Landstrichen und Ländern: Gewaltfames Verhindern gegnerischer Aussprachen, Aufstacheln des Fanatismus à la Knüppel-Iskraut, Ausnutzung der legislatorischen und Verwaltungskräfte. Wo die moderne Industrie ein neuzeitliches Proletariat schuf, da versagen auch bald die klerikalen Künste, wie wir im katholischen München, im dito belgischen Bergwerksrevier sahen und auch halb allgemein am Niederrhein und in Oberschlesien sehen werden, wenn die dortigen Förderer der freien Arbeiterbewegung nur stets geschickt den klerikalen Feindern entgegentreten.

Daß die katholische Kirche es nicht versteht, auf die Dauer unabhängig denkende Arbeiter an sich zu fesseln, lehren uns die „Pflaumenfresser“, die fast ohne Ausnahme eine strengkatholische Erziehung genossen, lehren uns die katholischen Länder, in denen immer mächtiger die antiklerikale (nicht zu verwechseln mit antireligiöse!) Bewegung anschwillt. Ist doch die „christlich-katholische Sozialpolitik“ nur ein Gegenstoß der Kleriker, ist doch das Organi-

fieren der Arbeiter „auf christlicher Grundlage“ nur der letzte Versuch, das freie Drängen nach Wahrheit und Freiheit in der Arbeiterschaft in den klerikalen Strom verlaufen zu lassen!

Sogar in Spanien, dem Hochlande kirchlicher Machtfülle, sieht sich die Geistlichkeit genöthigt, dem Zeitgeist Konzessionen zu machen.

Wohl veranlaßt durch eine neuerliche Publikation über die sozialistischen spanischen Gewerkschaften, erscheint in den bekannten „gelben Seiten“ der Familie Görres eine Darstellung der katholischen Arbeiterbewegung in Spanien. Man muß diese Abhandlung gelesen haben, um einen Begriff von der Fähigkeit zu bekommen, mit der gewisse Leute die Geschichte zu klittern versuchen. Nach dem Herrn Verfasser der gedachten Abhandlung giebt es keine fürsorglicheren Volkswohlthäter, hat es nie eine volkfreundlichere, reformdurftigere Gesellschaft gegeben, als den spanischen Klerus! Schon im Jahre 1867 gründete in Madrid „ein bescheidener Bürger des heiligen Ignatius“ eine „Schutzvereinigung für Lehrlinge und jugendliche Arbeiter“; ähnliche Vereinigungen folgten 1869 und 1871 in Valladolid und Valencia, 1891 gab es 80 solcher Organisationen in ganz Spanien. Seitdem aber die Enzyklika des „Arbeiterpapstes“ erschien (1890), haben sich über 180 neue Gruppen gebildet.

Diese „Schutzvereinigung“ hat Freischulen etabliert, die in den letzten Jahren von 44 000 Arbeitern besucht sein sollen. An Unterrichtsfächern werden u. A. genannt: Arithmetik, Buchhaltung, Zeichnen, Physik, Chemie, Geometrie, Elektrotechnik, Musik, Französisch, Deutsch, Geschichte, Literatur. Durch diesen Schulplan habe der Klerus seine Bildungsfreundschaft glänzend widerlegt — sagt der

Verfasser in den gelben Heften. Wir meinen, der Schluß sei leichtfertig. Natürlich dienen diese Schulen nur zur klerikalen Propaganda, genau so wie ihre Seitenstücke in Frankreich und Belgien. Es hat noch Niemand behauptet, daß die „Kirche“ nicht wüßte, ihr Geld vortheilhaft anzulegen.

Aber es ist doch ein starkes Stück, wenn der Kleriker die miserablen Schulverhältnisse Spaniens den „Liberalen“ in die Schuhe schieben will, sintemalen diese „Liberalen“ eine Sorte Reaktionäre sind, deren Schwärze nur eine Nuance heller ist wie die der Waschechten. Im Lande Ferdinand des Katholischen und der Inquisition haben aber nachweislich die klerikalen Staatsstützen in Jahrhunderte langer Mißwirtschaft Spanien zu Dem gemacht, was es heute ist. Die Geschichte Spaniens, schon die nach der napoleonischen Invasion, lehrt uns bündig, daß der am Hofe allmächtige Klerus es stets verstand, eine freiere Ausgestaltung des Gemeinwesens zu verhindern; daraus sind die schweren politischen Erschütterungen auf der Pyrenäenhalbinsel zu verstehen. Die heutigen „Liberalen“ sind die eine Clique zur Ausbeutung des Volkes; kommen die Waschechten wieder an's Ruder, wechselt das Geschäft nur die Firma.

Zur Zeit bestehen in Spanien 264 katholische Arbeitervereine mit 76 413 Mitgliedern. Diese Zahl ist bei 22 Millionen fast nur katholischen Einwohnern sehr gering. Ursprünglich waren diese Vereine wohl nur zur religiösen Erbauung und klerikalen Erziehung geschaffen, neuerdings beschäftigen sie sich aber auch mit eigentlich gewerkschaftlichen Angelegenheiten, so daß wir in ihnen die christlichen Gewerkschaften Spaniens vor uns haben. Es erscheint ausgeschlossen, daß sich in Spanien noch besondere christliche Gewerkschaften bilden, da das Land so gut wie gar keine konfessionelle Mischung kennt, also eine Verhüllung der klerikalen Ziele jener Vereine keinen Zweck hat.

Es besteht in Madrid eine „Generalvereinigung zum Studium und zur Vertheidigung der Interessen der arbeitenden Klassen“; Mitgliederzahl „über 700“. Diese Verbindung, ein Seitenstück zu der Berlep'schen „Gesellschaft zur sozialen Reform“, steht direkt unter klerikaler Leitung; Präsidenten sind zwei Erzbischöfe. Das Merkwürdigste an dieser Vereinigung „zur Vertheidigung der Arbeiterinteressen“ ist, daß ihr „Personen aller Stände, bis hinauf zu den Ministern“ angehören! Das ist wirklich ganz spanisch! Leibhaftige Minister, also doch wohl Mitglieder der „liberalen“ Regierung, gehören der klerikalen Gründung an, und doch ist das Ministerium „kirchensfeindlich“ und legt der selbstlosen klerikalen Arbeitervertretung allerhand Schwierigkeiten in den Weg. Das scheint eine nette Vertheidigungsanstalt für Arbeiterinteressen zu sein. Wir gehen wohl nicht fehl in der Annahme, das wir es hier mit einer behördlich unterstützten Koalition des

Klerus und der Aristokratie gegen die freien sozialistischen Gewerkschaften zu thun haben. Vielleicht „vertheidigt“ da ein spanischer Posadowsky „die Arbeiterinteressen“. Bekanntlich soll den spanischen Arbeitern jetzt ein Gesetz im Stile der verscharrten deutschen Zuchthausvorlage bescheert werden. Wer weiß, ob nicht die „Sachverständigen“ der famosen Madrider Gesellschaft bei dem projektirten Knebelgesetz für die Gewerkschaften Gevatter standen.

Die von dem Klerus dirigierten Arbeitervereine haben angeblich das „erste sogenannte Arbeiterschutzgesetz“, jenes über die spanische Arbeiter-Unfallversicherung (1899), auf dem Gewissen. Es ist aber auch darnach. Denn es stellt die Versicherung in das Belieben der Interessenten, woher es sich erklärt, daß 1900 nur 123 597 Arbeiter versichert waren, die Einnahmen nur 678 568, die Ausgaben (für 1685 Unfälle in den ersten neun Monaten 1900) 99 972 Pesetas betragen. Nachdem in Deutschland und Oesterreich vorbildlich mit der Zwangsversicherung aller Arbeiter vorgegangen war, konnte man mehr als ein Jahrzehnt später von der überaus volksfreundlichen spanischen „Vertheidigungsvereinigung“ etwas besseres erwarten als das Gesetz, welches heute sogar als große soziale That gepriesen wird. Dasselbe gilt von der total unzulänglichen, nach hinterwäldlerischen Begriffen vorgenommenen „Reform der Frauen- und Kinderarbeit“, die zwar nur die allerscheußlichsten Auswüchse beseitigte, deshalb aber doch klerikalerseits sehr gepriesen wird. Das ist echt spanischer Stolz auf Nichtigkeiten.

Als sozialpolitische Programmforderungen der Arbeitervereine werden genannt: Gesetzliche Regelung der Sonntagsruhe; Schaffung von Arbeitersyndikaten mit juristischen Rechten; gewerbliche Schiedsgerichte; Regelung der Arbeitsverhältnisse; außerdem sind noch Aktionen „gegen den Wucher“ und die Konsumsteuer geplant. Die Vereine selbst unterstützen ihre Mitglieder in Krankheitsfällen, zahlen Sterbegelder und unterhalten Unterrichtskurse. Materiell wird „die Bewegung großmüthig unterstützt von den höheren und bemittelten Ständen, namentlich aber auch von dem Hohen Klerus.“ Diese Gönnerschaft macht denn auch die minimale Bedeutung der „Bewegung“ für die Weiterbildung der spanischen Arbeiterverhältnisse im freiheitlichen Sinne erklärlich, woraus weiter die öfteren tumultuarischen Arbeiterunruhen im Lande der alten Iberer zu erklären sind. „Der gesammte Episkopat“ sieht in der stillschweigenden Unterordnung des arbeitenden Volkes das kirchliche Ideal; Autorität, nicht Majorität! Damit ist das Volk aber nicht mehr einverstanden; die widerwillig gemachten Konzessionen der Machthaber sind unbefriedigend, es muß zu gewaltsamen Ausbrüchen der Leidenschaften kommen. Und sie sind gerade im strengkatholischen Spanien am häufigsten. Damit ist auch die überhebende Behauptung des Klerus

widerlegt, er sei der „beste Schützer der Ordnung“. Nur so lange trifft dies zu, wie Hannibal noch nicht vor den Thoren steht; bestiegt er die Wälle, so ergiebt sich keine Stadt leichter und hält fester am „Umsturz“, als eine ehemals sehr „kirchliche“.

Spricht schon die sehr geringe Mitgliederzahl der Arbeitervereine nicht für die Beliebtheit der klerikalen Sozialpolitik beim spanischen Volke, so werden die Gönner der Vereine dieselben erst recht in Mißkredit bringen. Bei Fr. Engels ist noch zu lesen (die Bakunisten an der Arbeit), wie seit Langem schon der „bloße Sozialismus“ den spanischen Industriearbeitern in Barcelona usw. nicht genügt; Volkscharakter und staatliche Mißwirtschaft bereiteten dem Anarchismus das Feld. Die vielfachen Putsche in den großindustriellen Distrikten, auch der erschreckende Ausbruch wildester Leidenhaftigkeit bei den kürzlichen, durch den klerikalen Machtzettel erzeugten Unruhen, kennzeichnen das Gerebe von der „staatserkhaltenden Kraft der katholischen Kirche“ als einfache Geschäftsreflexe. Interessant ist, daß in den gelben Heften von den Berichten über die in diesem Sommer in Madrid stattgefundenen Demonstrationen gegen den Klerus gesagt wird, sie seien „in der Regel ganz gewaltig übertrieben worden!“ Man wird sich erinnern, daß gerade die ultramontane deutsche Presse die schaudererregendsten Schilderungen über jene Demonstrationen brachte, sogar mit Illustrationen gewaltiger Straßenkämpfe, wobei das Blut der Priester in Strömen geflossen! Also das ist nach der katholischen Zeitschrift „ganz gewaltig übertrieben“ gewesen! Nun, einstweilen hat dieser „konzentrische Angriff auf die katholische Kirche“, im ach! so erkählten „neuen Kulturkampf“ gute Dienste gethan. In der christlichen Gewerkschaftspresse konnte man wieder häufiger von dem „allgemeinen Ansturm der Gottesleugner“ lesen, ist es doch Parole, aus jeder Blume Honig zu saugen. Der Autor in den „gelben Heften“ hat natürlich das Bestreben, das Fiasko der klerikalen Politik in Spanien möglichst klein erscheinen zu lassen, ob im Falle der Priesterverfolgungen er oder die deutsche Zentrums Presse die Wahrheit sagte, mögen die Interessenten unter sich abmachen. Uns interessiert hier nur noch, daß in der besprochenen langen Abhandlung von dem Elend der spanischen Arbeiter, ihrer gewaltsamen Unterdrückung durch die „liberale“ Regierung keine Klage geführt wird, aber alle „Drangsale“ und Großthaten des streitbaren Klerus gewissenhafte Schilderung finden. Zu den „Voraussetzungslosen“ scheint der Autor auch nicht zu gehören. —

Aus dem Mutterlande des heldenkühnen Ritter von der Mancha sind schon viele wunderbare Mären zu uns gekommen. Aber die kühnsten Phantastengebilde Don Quijotes erblassen vor dieser Poesie: Der Klerus in Spanien soll im Sinne einer sozialen Besserstellung des gemeinen Volkes arbeiten.

Da halten wir es doch lieber einstweilen mit der Sancho'schen Prosa: Die Botschaft höre ich, allein mir fehlt der Glaube! Otto Hue.

Gesetzgebung und Verwaltung.

Der Zolltarif in erster Reichstagslesung.

Die erste Zolltarifdebatte wurde vom 9. bis 12. Dezember mit Unterbrechung am 10., an welchem der Breschener Schulkonflikt zur Tagesordnung stand fortgesetzt und endigte mit der Verweisung der Vorlage an eine Kommission von 28 Mitgliedern. Am 9. Dezember kamen Dr. Veumer (nat.-lib., Generalsekretär des Verbandes der Eisenindustriellen), dann der Hochagrariar Dr. Köfische und der Zentrumsmann Nigier zum Wort; es war also ein Tag der Zollfreunde. Diese Reden boten nichts Neues. Dr. Veumer prahlte mit den sozialpolitischen Lasten der Industrie, behauptete, daß die amerikanische Industrie niedrigere Löhne zahle, als die deutsche, und daß die deutsche Eisen- und Stahlindustrie 60—65 pZt. ihrer Produkte zu verlustbringenden Preisen exportiere, um bloß ihre Arbeiter zu beschäftigen. Er erklärte sich indes gegen den Minimaltarif für Getreide, weil er darin eine Gefährdung künftiger Handelsverträge erblickt. Seine Vertheidigung der „außerordentlichen Mäßigung“, die das Kohlenmonopolat im Vorjahre gezeigt habe, riefen selbst im Reichstage Heiterkeit hervor. Abg. Köfische vom Bund der Landwirthe brillierte mit Zitaten vom Breslauer Parteitage der Sozialdemokratie, ohne damit Beachtung zu finden. Der 10. Dezember brachte den zweiten Höhepunkt der Debatte in einer vorzüglichen Rede des Abg. Singer, der mit nüchterner, fast geschäftsmäßiger Kritik den Entwurf zerpfückte. Schon seine Kennzeichnung des Zusammengehens von Industrie und Landwirtschaft als „Solidarität der Räuber“ schlug auf der rechten Seite des Hauses ein. Und nun geißelte er den Volksverrath des Zentrums, hob die Bedeutung der zollgegnerrischen Massenpetition hervor und deckte eine der Regierung sehr unangenehme amtliche Flugblattverbreitung zur Stimmungsmache für den Zolltarif auf, daran die Hoffnung knüpfend, daß sich Jemand gefunden habe, der die nöthigen M. 12 000 dafür hergegeben habe. Er rechnete dann den Profit nach, den die Fideikommissbesitzer, deren größter der Kaiser ist, durch die Zollerhöhungen erlangen würden, kennzeichnete den Zollwucher der Agrariar als modernen Robot und ironisierte die hanseatischen Bundesvertreter, die es unterließen, gegen den die Interessen der Seefrächte schädigenden Tarif einzutreten, sowie den Reichskanzler, der gegen die wohlgefällige Hinaustelegraphiererei seiner netten Reden in's Ausland so machtlos sei. — Der Singer'schen Rede voraus ging eine solche des Grafen v. Staniß, der sich als Gegner langfristiger Handelsverträge bekannte, und nach Singer produzierte sich der Zentrumsführer Dr. Heim in burlesken Verdrehungen als Spasmacher, wofür er ein dankbares Publikum fand. Den Schluß bildete eine kurze Erwiderung des Landwirtschaftsministers v. Podbielski auf die Singer'sche Rede.

Am letzten Tage sprachen die Abg. Bachnick (freis. Bergg.), Arendt (Reichsp.), Münch-Ferber (nat.), Stolle (soz.), Köfische, der Sozialreformer, und der Wilde Schwarz, Vertreter von München, der als Bäcker gegen die Getreidezölle sprach und Verwahrung dagegen einlegte, daß der ehrsame Bäckermeistersstand der Brotvertheuerung beschuldigt werde. Dazwischen vertheidigte Graf von Posadowsky den Wirtschaftlichen Ausschuß und die deutsche Landwirtschaft und stellte folgende zollpolitische Aussichten fest:

Kommt kein Zolltarif zu Stande, so ergeben sich die zwei Möglichkeiten: 1. Wir kündigen die Verträge zum 31. Oktober 1903, dann tritt der autonome Tarif in Kraft.

eine Aenderung zum Besseren eintreten wird, dürften noch manche Jahre vergehen.

Gegenwärtig werden alle Kräfte für die Eringung des allgemeinen Wahlrechts eingesetzt. Auf dem soeben geschlossenen Kongreß wurde auch oft angedeutet, daß eine energisichere Inangriffnahme der gewerkschaftlichen Fragen erst nach dem Wahlrechtskampfe möglich sei. Und in der That muß nicht nur erst diese Kampagne vorüber sein, sondern es müssen sich auch die allzugroßen Hoffnungen, die man an das Wahlrecht knüpft, etwas abgekühlt haben, ehe die belgischen Arbeiter ihre ganze Kraft darauf richten, ihr Ideal — die deutsche Gewerkschaftsorganisation — in Belgien zu verwirklichen. Die belgische Gewerkschaftskommission ist von der Parti Ouvrier vor vier Jahren gegründet worden. Vorher und auch noch heute gilt der Parteivorstand als oberste Instanz der Gewerkschaften. So haben beispielsweise die Lütticher Bergarbeiter bei ihrem jüngsten Streik nicht die Gewerkschaftskommission, sondern den Parteivorstand angerufen. In dieser Hinsicht tritt aber allmählich eine Aenderung ein. Die Arbeiten der Gewerkschaftskommission als auch dieser Kongreß beweisen dies. Eine Arbeitsteilung greift Platz.

Während die früheren Gewerkschaftskongresse den Schein aufkommen ließen, daß sie eine Art Unterkongreß der Partei seien, wo die politischen Fragen en detail debattiert werden, wurden diesmal mehr die rein praktischen, die Gewerkschaft angehenden Fragen behandelt. Dies kann der politischen wie gewerkschaftlichen Bewegung nur von Nutzen sein. Es liegt in der Natur der Sache, daß der Parteivorstand als solcher den Gewerkschaften nicht seine ganze Aufmerksamkeit schenken, sich nicht mit den rein gewerkschaftlichen Fragen beschäftigen konnte. Die politische Rechtlosigkeit des belgischen Proletariats zu beseitigen, forderte vorerst sein Eingreifen. Zählt nun dann das allgemeine Wahlrecht zu den Eringungssachen der belgischen Arbeiter, so werden sich die Arbeiter, die in den Ressort des Parteivorstandes fallen, eher vermehren als vermindern und wird man auch dann nicht den Gewerkschaften die nötige Aufmerksamkeit zuwenden können. Dieser Gedanke bricht sich, vielleicht ungewollt, Bahn. Des Destrieren wurde von berufener Seite erklärt, als Vorbild diene für die belgische Gewerkschaftsorganisation die deutsche. Wenn aber das Ideal verwirklicht werden soll, müssen gründliche Aenderungen erst vorgenommen werden.

Die Belgische Gewerkschaftskommission kann sich nicht auf straffe Zentralorganisationen stützen, denn solche fehlen vollständig. Sie muß sich stets mit jeder einzelnen Gruppe in Verbindung setzen, um irgend eine Auskunft oder dergleichen zu erlangen. Dann macht sich der Mangel an einer gutverbreiteten Gewerkschaftspresse fühlend bemerkbar. Diese geistige Verbindung zu schaffen wird noch viel Arbeit verlangen. Wohl haben einige Federationen Organe, aber weil die nur monatlich, noch dazu in kleinem Format und zwei Sprachen, erscheinen, erfüllen sie nicht ihren Zweck.

Dann giebt die Geldfrage Gelegenheit zu vielen Klagen. Die Gewerkschaftskommission kann, wie ein Redner anführte, die besten Dinge beschließen, aber wegen Mangel an Geld nicht ausführen. Die hohen Beiträge sind dem belgischen Arbeiter ein Greuel. Die Beiträge an die Gewerkschaftskommission waren bis jetzt 2 Cts. pro Mitglied und Jahr. Nach dem gegebenen Bericht zahlten im verfloßenen Jahre rund 30 000 Mitglieder Beiträge an die Gewerkschaftskommission. Daß mit Fres. 600 Jahreseinkommen hier nichts gethan werden kann, ist klar. Dieser Kongreß hat die Beiträge auf 5 Cts. pro Mitglied und Jahr beschlossen. Ebenso haben eine Anzahl Gewerkschaften die Beiträge erhöht, aber andere haben sie auch erniedrigt.

Die Statistik über die Stärke der Gewerkschaften weist für 1900—1901 folgende Zahlen auf:

Industrie	Zahl der Gruppen 1900	Zahl der Gruppen 1901	Organisiert 1900	Organisiert 1901	Arbeiter überhaupt
Metall=	30	44	8196	7198	111097
Minen=	39	?	13597	45000	121993
Bau=	5	6	481	643	67238
Stein=	12	17	3293	4558	35857
Leder=	7	4	1083	1049	33671
Textil=	14	13	9070	7567	159729
Holz=	13	12	2326	1773	50430
Nahrungsmittel=	4	4	1083	1049	61570
Bekleidungs=	2	13	1100	2927	59012
Tabak=	4	4	940	824	10318
Lurus=	—	11	2763	2526	38397
Glas=	3	1	6150	5930	21697
Transport=	5	6	11607	3284	19154
Diverse	8	10	1271	1215	32813
	146	144	62251	84896	822976

Von den 84 896 Organisierten sind 76 440 an die „Porti ouvrier“ angeschlossen, und von diesen zählen rund 30 000 Beiträge an die Gewerkschaftskommission. Es existieren noch eine Anzahl Gewerkschaften, die nicht in die Statistik aufgenommen werden konnten, weil diese die Fragebogen nicht ausfüllten. Jedoch ist die Zahl eine sehr kleine.

Von den 144 Gruppen besitzen 24 eine eigene Bibliothek. Die der Gener Weber enthält 3000 Bände. Die Gewerkschaften haben 16 ständige Sekretäre. 54 Gruppen haben als Basis ihrer Tätigkeit die Streikunterstützung; 44 Streik- und Krankenunterstützung; 31 Streik- und Arbeitslosenunterstützung und einige haben neben der Streikunterstützung auch eine Altersversorgungskasse.

* * *

Der Kongreß trat am Sonntag, den 15. Dezember im Maison du Peuple in Brüssel zusammen. 192 Delegierte hatten sich eingefunden, darunter auch Delegierte der Kooperativen usw. Viele kleinere Gruppen sind unvertreten wegen der Delegationskosten, da die Gruppen diese selbst aufbringen müssen.

Der erste Punkt der Tagesordnung betraf die Verkürzung der Arbeitszeit. Der diesbezügliche Rapport ist sehr umfangreich. Er zählt die diversen Fortschritte, die auf diesem Gebiete gemacht worden sind, auf. Er endigt mit folgenden Schlüssen:

„Wir engagieren unsere Abgeordneten, diese Frage in den verschiedenen Parlamenten anzuregen.“

Da wir aus Erfahrung wissen, daß man sich dort damit nur im Verhältnis unserer politischen Macht beschäftigt, müssen wir Alle an der Eroberung des allgemeinen Wahlrechts arbeiten. Durch dieses verschaffen wir den Verteidigern des Proletariats den Eintritt in die Parlamente und jagen Die hinaus, die uns zu lange geprellt haben. Ist einmal die Wahlrechtsfrage gelöst, engagieren wir alle Mistreiter, sich speziell mit der gewerkschaftlichen Organisation zu beschäftigen, um der Partei neue Kämpfer zu geben.“

Bei dieser Debatte wurde der Generalstreik wieder auf das Tapet gebracht. Schließlich aber beschlossen, dem Rapport zuzustimmen und den Generalstreik auf die Tagesordnung des nächsten Kongresses zu setzen.

Hier sei erwähnt, in welcher gelungener Weise die Gener Arbeiter die Propaganda für die Verkürzung der Arbeitszeit betreiben. Dort werden Flugblätter verbreitet mit Porträts von Kindern, die von Früh 5 Uhr bis Abends 8 Uhr arbeiten und daneben die Fabrik, wo sie beschäftigt sind, mit einer Note über die Arbeitszeit, Löhne zc. des betreffenden Etablissements. Der Gener Delegierte bekundete, daß diese Art Propaganda gute Erfolge aufzuweisen habe.

2. Wir lassen die bestehenden Verträge weiter laufen und verlängern sie von Jahr zu Jahr. Kommt aber im Reichstag ein Tarif zu Stande mit erhöhten Sätzen und Minimalzöllen, so existieren folgende Möglichkeiten: 1. Wir nehmen diesen Tarif nicht an, und ich bitte, sich in dieser Beziehung auf keiner Seite optimistischen Hoffnungen hinzugeben. 2. Wir nehmen den Tarif an und Handelsverträge mit anderen Staaten erweisen sich dabei als unmöglich. Zu hohe Minimalsätze wirken nicht nur vertragshindernd, sondern direkt vertragsfeindlich. Den Weg aus diesem Dilemma erblickt der Staatssekretär in dem „schmalen Pfad“ des Regierungsentwurfs.

Den Schluß seiner Ausführungen bildete eine poetische Warnung an die Agrarier, nicht ein zu großes Glück zu wünschen, denn seine Gewährung könnte ihnen zum Fluche werden. Nach Beschluß der Kommissionsverweisung und Wahl der Kommission vertagte sich der Reichstag bis zum 8. Januar 1902.

Nothstandsinterpellation im Reichstage. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat eine Interpellation eingebracht: Welche Maßnahmen gedenkt der Reichskanzler zu ergreifen, um den Folgen der wirtschaftlichen Krisis, wie sie in Betriebsseinschränkungen, Lohnkürzungen und Arbeiterentlassungen sich bemerkbar machen, zu begegnen und der Beunruhigung weiter Volksklassen entgegenzutreten? Dieses wird in einer der ersten Sitzungen im Januar zur Verathung kommen.

Soziales.

Ueber Arbeitslosenunterstützung und Arbeitsnachweis hat das schweizerische Arbeitersekretariat soeben einen Bericht an das eidgenössische Industrie-Departement herausgegeben. In demselben wird neben der obligatorischen Arbeitslosenversicherung der Gemeinden ein Beitrag des Bundes an die Gewerkschaftsverbände der Arbeiter vorgeschlagen, welche sich mit der Arbeitslosenversicherung befassen, ferner die Regelung des gewerbmäßigen privaten Arbeitsnachweises (Stellenermittlung) durch Bundesgesetz, die Errichtung von kommunalen Arbeitsämtern, bei denen Arbeiter und Arbeitgeber in der Verwaltung vertreten wären, die Schaffung einer Zentralstelle für öffentlichen Arbeitsnachweis, eventuell die Errichtung eines eidgenössischen Arbeitsamtes, dann Erlaß von Normativbestimmungen bei Vergabung öffentlicher Arbeiten hinsichtlich der Unternehmer, zulezt noch Fahrpreisermäßigungen oder Unterstützung Bedürftiger bei Ueberfiedelung an einen angewiesenen Arbeitsplatz. Die finanzielle Belastung des Bundes hinsichtlich der Versicherung wird auf Frs. 160 000 bis Frs. 300 000 hinsichtlich des Arbeitsnachweises auf Frs. 100 000 veranschlagt.

Wir werden über diese Vorschläge in der nächsten Nummer eingehender berichten.

Aus der Arbeiterbewegung.

Streikverhütung in Nordamerika. Eine aufsehenerregende Nachricht berichtet der amerikanische Telegraph. Darnach sei in New-York eine Konvention von Vertretern der Kapitalisten und Arbeiterkreise sowie Unbetheiligter zusammengetreten, die ein aus je zwölf Vertretern dieser drei Gruppen bestehendes Comité zum Zwecke der Erwägung geeigneter Maßnahmen zur Streikverhütung einsetzte. Dem Comité gehören u. A. Gompers, Mc Hanna, Rodesseller und einige Bischöfe an. Mc Hanna sei zum Vorsitzenden des Comité's bestimmt. — Wir können uns wohl denken, daß die amerikanischen Gewerkschaften jetzt, am Beginn einer großen Wirtschaftskrisis, der Frage der Streikverhütung und Streikbeilegung nicht ablehnend gegenübersehen und in einer bezüglichen Körper-

schaft nicht unvertreten sein möchten. Wie weit aber dieses Zusammenwirken mit kapitalistischen Vertretern geht, läßt sich aus den kurzen, im Telegrammstil gehaltenen Mittheilungen noch nicht erkennen.

Monatliche Arbeitslosen-zählungen veranstalten die Zentralverbände der Töpfer und der Porzellanarbeiter. Von dem Ersteren liegen bisher die Ergebnisse für die Monate Oktober und November vor. Darnach waren arbeitslos im Oktober an 39 Orten 321 Ofenseger, an 8 Orten 49 Werkstubenarbeiter und an 2 Orten 6 Scheibentöpfer, im November dagegen an 57 Orten 662 Ofenseger, in 13 Orten 21 Werkstubenarbeiter und in 1 Orte 4 Scheibentöpfer. Die Zahl der offenen Stellen betrug im Oktober für Ofenseger an 36 Orten 368, für Werkstubenarbeiter an 12 Orten 28, für Scheibentöpfer an 3 Orten 5, im November für Ofenseger an 33 Orten 338, für Werkstubenarbeiter an 16 Orten 30, für Scheibentöpfer an 2 Orten 4. Insgesamt kamen im Oktober auf 376 Arbeitslose 401 offene Stellen, im November auf 687 Arbeitslose nur 372 offene Stellen. Derartige Zählungen, wenn sie von den Zahlstellenverwaltungen mit der nöthigen Antheilnahme und Zuverlässigkeit durchgeführt werden, gewähren den Verbandsvorständen vortheilhaftes Material zur Erkenntniß der jederzeitigen Veruslage und Aktionsfähigkeit ihrer Mitglieder; sie bilden zugleich die Grundlage, auf der sich eine allgemeine Arbeitslosigkeitsstatistik aller Berufsvereine aufbauen ließe. Daß solche regelmäßigen Zählungen an Werth die gelegentlich durch Kartelle oder einzelne Verbandsfiltrale veranstalteten Zählungen weit überragen, bedarf keiner langen Erörterung.

Die Düsseldorfer Metallarbeiter beschloßen definitiv, vom 1. Januar 1902 an ein eigenes Bureau einzurichten. Als Beamter in dasselbe wurde Heinrich Schweizer gewählt.

Internationales Buchdrucker-Sekretariat. Genosse P. Stautner, Schriftsetzer in Bern, wurde zum internationalen Buchdrucker-Sekretär mit dem Sitz in Bern als Nachfolger des verstorbenen Genossen Siebenmann gewählt.

Zum Fall Tischendörfer. In Nr. 50 des „Corr.-Bl.“ erklärten wir nach Kenntnissgabe des vom Vorstand des Vereins der Lithographen, Steindrucker und Verusgenossen zum Falle Tischendörfer eingenommenen Standpunktes und nach Klarstellung der Beweggründe unserer Kritik diese Angelegenheit für uns erledigt. Eine Zuschrift des Ausschusses des genannten Verbandes veranlaßt uns jedoch, darauf zurückzukommen. Der Ausschuß (Sitz: Nürnberg) hat einen Beschluß gefaßt, der in allen Punkten unsere Stellungnahme theilt und die Kritik, die das „Corr.-Bl.“ an der Vortragsthätigkeit Tischendörfer's übte, als berechtigt anerkennt. Einem Wunsche des Ausschusses gemäß bringen wir dies zur Kenntniß unserer Leser.

Kongresse u. Generalversammlungen.

Der nächste Kongreß des schweizerischen Gewerkschaftsbundes wird während der Ostertage 1902 in Bern stattfinden.

Der dritte belgische Gewerkschaftskongreß.

Die belgische Gewerkschaftsbewegung macht im Verhältnis zu den anderen Arbeiterorganisationen (Kooperativen usw.) nur wenige Fortschritte. Trogdem der sozialistische Gedanke die belgischen, besonders industriellen Arbeiter beherrscht, bringen sie der Gewerkschaft relativ wenig Sympathie entgegen. Sie versprechen sich von der kooperativen und politischen Thätigkeit einen größeren Nutzen als von der gewerkschaftlichen. Und ehe hier

Der zweite Punkt betraf die Gefängnisarbeit. Die angenommene Resolution fordert:

„Die Veranstellung einer Enquete über die Gefängnisarbeit;

die gegenseitige Aufhebung eines Tarifs, der für die in den Gefängnissen produzierten Waaren dieselben Preise vorzieht wie für die von den freien Arbeitern verfertigten;

Unterdrückung der Benefize der Gefängnisdirektoren; Verwendung der Gefangenen zur Urbarmachung von Ländereien usw.;

Abuschaffung der großen Gefängniswerkstätten, sowie Reduktion der Arbeitszeit der Gefangenen, um diesen mehr Zeit und Gelegenheit für ihre Bildung zu gewähren.“

Dieser Resolution wurde ein Protest gegen die Klosterarbeit beigefügt. Die frommen Schwestern verstehen es ausgezeichnet, die den Klöstern anvertrauten Kinder unverschämmt auszubeuten und ihnen wenig oder gar keine Entschädigung dafür zu geben.

Nach Erledigung einiger, für hier nebensächlicher Dinge, wurde der obligatorische Schulunterricht debattiert. Zu dieser Sache hat ein Schuldirektor für den Kongress einen Bericht ausgearbeitet, der als eine wahre Fundgrube für diese Materie bezeichnet werden kann.

Der Schuldirektor leitete die Debatte mit einem Referat ein.

In Belgien existiert kein Schulzwang. Demgemäß ist die Zahl der Analphabeten eine schrecklich hohe. Nach dem Bericht können 22,79 pZt. der Männer und 28,16 pZt. der Frauen in Belgien weder lesen noch schreiben. In den großen Städten ist es immerhin noch etwas besser als auf dem Lande. Hier herrscht die Geistesfreiheit und die Kinder werden hier in den klerikalen Schulen nach bekannter Manier „unterrichtet“. Während die Lehrer sich in den Städten noch einer ziemlichen Unabhängigkeit erfreuen, stehen ihre Kollegen auf dem Lande vollständig unter dem klerikalen Joch. Viele Arbeiter haben in ihrem Leben eine Schule von innen überhaupt nicht gesehen. Die klerikale Regierung bewilligt Subventionen für ihre katholischen Schulen, während in den Städten, wo ihre Fuchtel wirkungslos ist, sie die Unterhaltung der Schulen den Gemeinden überläßt.

Die wichtigsten Punkte der nach Schluß dieser Debatte angenommenen Resolution seien hier wiedergegeben.

„Der Gewerkschaftskongress verlangt, daß der Staat dekretiert, daß der Schulunterricht obligatorisch ist für Kinder vom 7. bis 14., und für die Halberwachsenen vom 14. bis 18. Lebensjahr; daß der Staat Maßnahmen ergreife, die den armen Eltern ermöglichen, ihre Kinder in die Schule zu schicken; daß der Staat den Lehrern zu einem gebildeten Mann macht, der von seiner sozialen Mission vollständig durchdrungen ist, und daß er ihm eine politische, religiöse und materielle Unabhängigkeit garantiert.“

Bei der Verhandlung über die Regelung des Lehrlingswesens traten gar zünftlerische Ansichten zu Tage. Der Delegierte der Handschuhmacher, deren Syndikat von den Fabrikanten anerkannt ist, erklärte, seine Ausführungen mit Zahlen erhärtend, daß sein Syndikat von Jahr zu Jahr zunehme und es gelungen sei, die Zahl der Lehrlinge stark zu vermindern. Dadurch sei ihnen nicht nur ein guter Lohn ermöglicht, sondern die Arbeitslosigkeit ziemlich beseitigt. Er empfahl allen Syndikaten, ebenso zu verfahren. Es waren aber nicht viel Delegierte dieser Ansicht. Die vorgelegten Anträge wurden der Gewerkschaftskommission zum eingehenden Studium überwiesen.

Nachdem dann der Kongress noch eine Resolution votiert hatte, die die sozialistischen Abgeordneten auffordert, überall für einen Minimallohn der Angestellten

der Kommunen einzutreten, wurde der Kongress am Montag, den 16. Dezember, geschlossen.

Der nächste Kongress findet 1902 statt.

Brüssel, den 17. Dezember 1901.

Chagrin.

Zur Berichtigung. In Nr. 43 des „Corr.-Bl.“ S. 696 berichteten wir anlässlich des Verbandstages der Masseure zc. auch über Vorwürfe, welche gegen den Geschäftsführer König der Naturheilanstalt und Volksbade-Genossenschaft Hamburg wegen angeblicher Maßregelung eines Angestellten, der Vorsitzender der Hamburger Verbandsfiliale ist, erhoben wurden. Auf Hinweis des Angegriffenen wurden wir darauf aufmerksam gemacht, daß es sich um denselben Anlaß handele, welcher bereits im März bis Mai dieses Jahres eine Reihe von Versammlungen der Hamburger Masseure beschäftigte, nachträglich im Mai von der Hamburger Kartellkommission untersucht und die erhobenen Vorwürfe hierbei als unbewiesen erklärt wurden. Die betr. Erklärung im „Echo“ lautet:

„Verband der Masseure zc. contra Hamburg-Altonaer Anstalten für Naturheilverfahren.“

1. Auf Grund der stattgefundenen Verhandlungen der unterzeichneten Kommission unter Beiwohnung von Vertretern beider Parteien giebt die Unterzeichnete bekannt, daß es den Vertretern der Masseure nicht gelungen ist, den Beweis dafür zu erbringen, daß eine Maßregelung im Falle der Entlassung des Vabemeisters **Evers** vorliegt.

2. Die Naturheilanstalten erkennen den **Arbeitsnachweis** des Verbandes der Masseure zc. an, behalten sich jedoch vor, in besonderen Fällen Ausnahmen zu machen.

Hamburg, 14. Mai 1901.

Die Kartell-Kommission.

Wir geben von dieser Erklärung, mit der unseres Erachtens die Angelegenheit erledigt sein konnte, Kenntnis und bedauern, daß uns die Unkenntnis dieses Zusammenhangs veranlaßt hat, über den obigen Vorwurf weiter zu berichten.

Arbeiterversicherung.

Das Ergebnis der Vertreterwahlen zum Reichsversicherungsamt

wird in Nr. 294 des „Reichsanzeiger“ veröffentlicht. Darnach entfielen bei den Wahlen der Arbeitervertreter in den Gruppen „Gewerbliche“ und „Landwirtschaftliche Unfallversicherung“ die meisten Stimmen auf die Kandidatenlisten, welche die Generalkommission und der Berliner Arbeitervertreterverein gemeinsam aufgestellt hatten, während in der Gruppe „See-Unfallversicherung“ die Liste der Kapitäne die Mehrheit auf sich vereinigte. Demnach wären in den beiden ersten Gruppen unsere Kandidaten sämtlich gewählt worden, wenn sich nicht bei einem derselben in der Gruppe Gewerbe und bei 14 in der Gruppe Landwirtschaft herausgestellt hätte, daß diese zur Zeit der Wahl nicht in einem unfallversicherungspflichtigen Betriebe beschäftigt waren. Ihre Wahl wurde sonach als ungültig erklärt und die Kandidaten aus gegnerischen Listen mit der nächsthöchsten Stimmenzahl rüdten als gewählte Vertreter dafür ein. Daß der Stimmenrückstand dieser Nachgewählten ein so gewaltiger ist (der in der Gruppe Gewerbe hingerzogene Vertreter erhielt nur 18,8 pZt., die in der Landwirtschaftsgruppe nur 31 pZt. aller Stimmen), wird natürlich ihrer Vertreterwürde keinen Abbruch

thun. Die Schuld an diesen Vorkommnissen trägt die Unklarheit, die gerade in den Kreisen der landwirthschaftlichen Arbeiter, zum Theil aber auch bei gewerblichen Arbeitern über die Zugehörigkeit ihrer Betriebe zur Unfallversicherung herrscht und die nicht zum geringsten Theile durch die Unklarheit des Gesetzes selbst verurteilt wird. Hierüber mehr als bisher Klärung geschaffen zu schaffen, muß die dringendste Aufgabe unserer Gewerkschaften bei künftigen Vertreterwahlen zur Arbeiterversicherung sein.

Von diesem Umstande abgesehen, haben wir keinen Grund, über das Wahlergebnis unzufrieden zu sein. Während unsere Kandidaten in der Gruppe Gewerbe 5 250 000 bis 6 038 000 Stimmen auf sich vereinigten (nur der nachträglich aufgestellte Kandidat Seidfeld erhielt 1 442 000 Stimmen), brachte es der „stimmbegabteste“ Kandidat der Gegnerlisten nur auf 842 000 Stimmen, und selbst dieses Ergebnis vermochte er nur dadurch zu erzielen, daß er als Kandidat auf mehreren Listen zugleich bezeichnet war. In der Gruppe Landwirtschaft erzielten unsere Vertreter trotz der zahlreich geübten Stimmenthaltung 1 520 000 bis 2 256 000 Stimmen, die durch Zufall gewählten Gegner aber nur 686 000 bis 726 000 Stimmen. Wer die Schwierigkeiten, die gerade bei diesen ersten unter dem neuen Gesetz stattfindenden Wahlen zum Reichsversicherungsamt sich aufthürmten, ermessen kann, der wird sich mit uns des errungenen Sieges freuen.

Der Stellvertreter Bongers in der Gruppe „Gewerbe“ war Kandidat der Gewerksvereiner und christlichen Gewerkschaftler, während die Stellvertreter Dumke, Sieke, Fröhlich, Kiesel, Wezel, Grothe, Bartow, Haack, Möse, Schulz, Löffler, Brand, Vastian und Huttenberg aller Wahrscheinlichkeit nach als Kandidaten einer von den landwirthschaftlichen Berufsgenossenschaften herausgegebenen Liste fungierten, die, um die Wähler irre zu führen, am Kopfe die Namen unserer Kandidaten Bomberg und Massow enthielt. Ein Vergleich der Stimmenzahl der beiden Letzgenannten mit den Stimmen unserer übrigen Vertreter und denjenigen der 14 gegnerischen Vertreter klärt dies zur Genüge auf.

Nur die Niederlage unserer Kandidaten aus der Gruppe „See-Unfallversicherung“ dämpft diese Freude. Gerade den Arbeitern zur See hätten wir eine Vertretung ihrer Klasse im Reichsversicherungsamt ganz besonders gegönnt. Der Ausfall der Wahl zeigt ihnen, wo die bessernde Hand anzulegen ist, damit die nächsten Vertreterwahlen ihnen den unbestrittenen Sieg bringen.

In Nachstehendem veröffentlichen wir die Liste der gewählten Arbeitervertreter zum Reichsversicherungsamt nebst den Zahlen der auf sie gefallenen Stimmen:

I. Arbeitervertreter.

A. Gewerbliche Unfallversicherung.

Wahlberechtigt 2409 Weisiger der Schiedsgerichte. Davon übten 1857 ihr Wahlrecht rechtzeitig aus.

Es wurden gewählt:

a) Nichtständige Mitglieder:

1. Gutheit, Karl, Schlosser in Berlin (5 362 107 St.).
2. Frähdorf, Jul., Ofenseger in Trachau bei Dresden (5 270 670).

b) Stellvertreter des ersten nichtständigen Mitgliedes:

- Wendler, Konrad, Schriftsetzer in Stuttgart (6 038 333).
 Dähne, Aug., Maurer in Berlin (6 021 705).
 Müller, Otto, Buchdrucker in Frankfurt a. d. Oder (5 407 877).
 Drosig, Herm., Tischler in Breslau (5 395 146).

Gotthausen, Wilh., Eisendreher in Düsseldorf (5 389 806).

Merkel, Joh. Th., Maurer in Nürnberg (5 387 118).

Erdmann, Heinr., Zimmerer in Schwerin (5 386 509).

Rudolph, Herm., Lithograph in Nürnberg (5 383 054).

Göttschel, Joh., Bergmann in Haussham (5 379 778).

Happich, Georg, Former in Stettin (5 374 631).

Foß, Bernhard, Buchbinder in Berlin (5 373 960).

Jacobeit, Louis, Maler in Berlin (5 372 592).

Aufamm, Aug., Goldarbeiter in Hanau (5 370 558).

Hauschild, Karl, Stetuseger in Neu-Weißensee (5 370 139).

Blasch, Joh., Klaviermacher in Karlsruhe (5 366 620).

Leschhorn, Paul, Goldarbeiter in Pforzheim (5 364 794).

Sodapp, Ludw., Brauer in Weißensee (5 358 978).

Levin, Eduard, Zimmerer in Kiel (5 355 796).

Simanowski, Eugen, Maurer in Berlin (5 354 645).

Deiningner, Karl, Tischler in München (5 351 941).

Trompeter, Wilh., Steindrucker in Frankfurt a. M. (5 348 484).

Nichter, Max, Former in Chemnitz (5 341 404).

Kurz, Jakob, Rothgerber in Neutlingen (5 323 317).

Seidfeld, Aug., Tischler in Berlin (1 442 752).

Stellvertreter des zweiten nichtständigen Mitgliedes:

Straube, Rob., Schlosser in Chemnitz (6 031 297).

Seiß, Georg, Dreher in München (5 417 015).

Brincke, Ernst, Bergmann in Oberhausen (5 400 423).

Vamberger, Karl, Installateur in Köln (5 393 678).

Kiel, Ferd., Böttcher in Hannover (5 387 955).

Bürger, Heinrich, Buchhalter in Hamburg (5 386 844).

Sellin, Eugen, Zimmerpolier in Danzig (5 384 848).

Weiß, Jul., Mechaniker in Breslau (5 381 852).

Ludke, G. Wilh., Fabrikweber in Neugersdorf (5 376 088).

Fischer, Anton, Weber in Gera (5 374 003).

Jacob, Rich., Lagerist in Gersdorf (5 373 937).

Holland, Aug., Maurer in Braunschweig (5 370 563).

Huber, Karl, Schreiner in Ohligs (5 370 804).

Stügelmaier, Friedrich, Tischler in Berlin (5 367 034).

Perrey, Aug., Schlosser in Königsberg (5 365 079).

Felich, Joh., Fabrikarbeiter in Mainz (5 362 781).

Winter, Alwin, Zigarrensortierer in Magdeburg (5 357 509).

Hill, Christian, Zimmerer in Eisenach (5 354 715).

Mohr, Franz, Transportarbeiter in Niddorf (5 354 270).

Strecke, Rud., Mechaniker in Leipzig (5 350 706).

Böttcher, Gottfried, Zimmerer in Hamburg (5 346 765).

Harings, Joh. Peter, Buchdrucker in Trier (5 336 109).

Riedel, Otto, Schriftsetzer in Leipzig (5 249 549).

Bongers, Wilh., Schlosser in Witten (842 311).

B. Landwirthschaftliche Unfallversicherung.

Wahlberechtigt 903 Weisiger der Schiedsgerichte. Davon übten 486 ihr Wahlrecht rechtzeitig aus. Es wurden gewählt:

a) Nichtständige Mitglieder:

1. Rother, Joseph, Kieleswärter in Wartenberg bei Berlin (1 538 963 St.).

2. Lutz, Joseph, Holzzurichter in Riefeln (1 508 454).

b) Stellvertreter des ersten nichtständigen Mitgliedes:

Bomberg, Aug., Arbeiter in Langelsheim, Braunschweig (2 256 198).

Bruns, Anton, Landarbeiter in Dangastermoor (1 591 947).

Blasch, Joh. Christ., Holzhauer in Neuenburg, Württemberg (1 583 581).

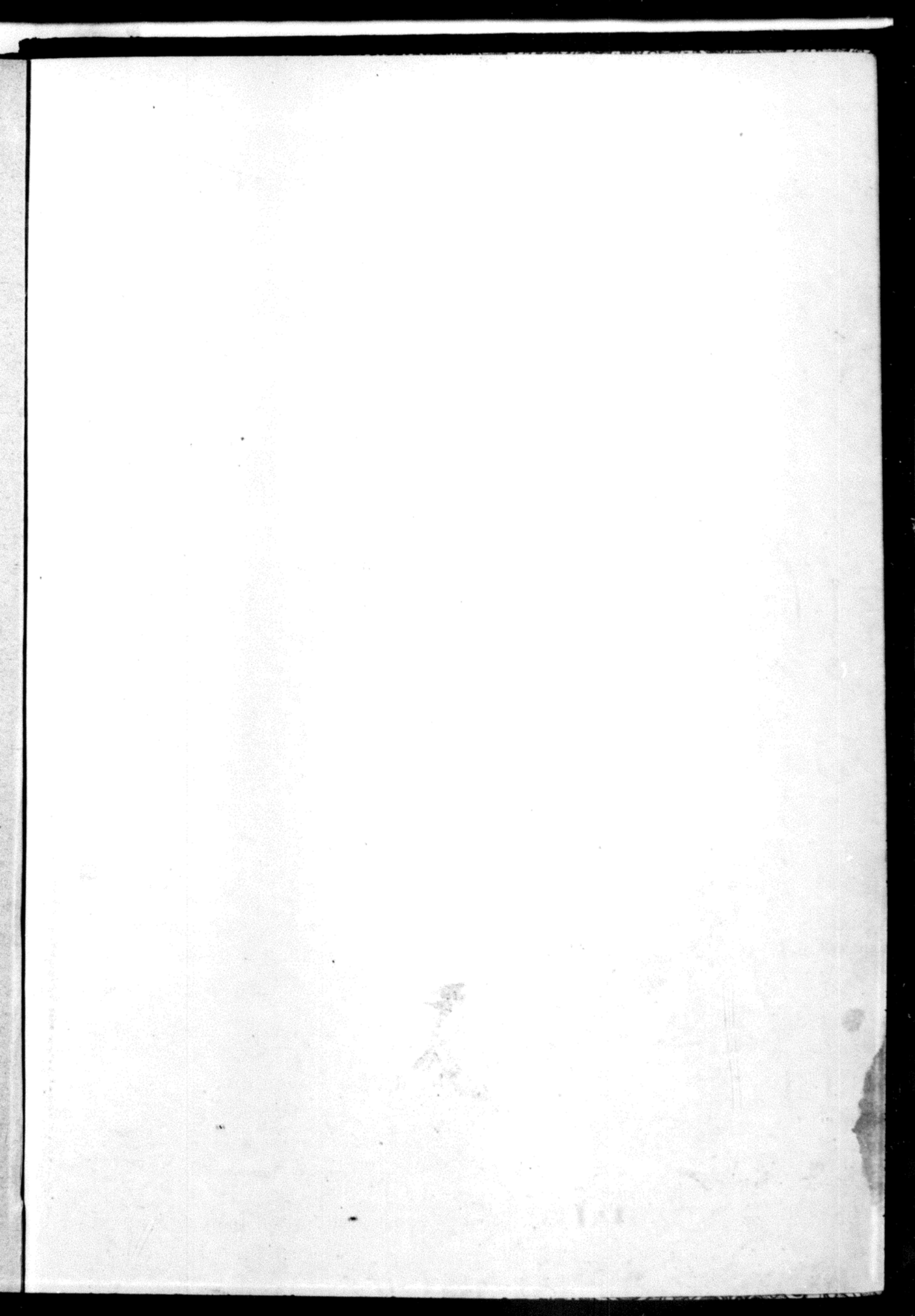
Esbach, Anton, Erdarbeiter in Corbach (1 572 982).

Deppe, Heinr., Forstarbeiter in Helzen (1 570 687).

Kirsch, Paul, Forstarbeiter in München (1 569 767).

Wiegmann, Jürgen, Forstarbeiter in Helzen (1 568 675).

Ulrich, Ernst, Landarbeiter in Wend.-Günersdorf (1 566 638).



Rönig, Wilh., Arbeiter in Nelzen (1 560 995).
 Klemm, Friedr., Weinbergarbeiter in Stuttgart
 (1 558 891).
 Klüßendorf, Aug., Gärtner in Hamburg (1 557 705).
 Janßen, Wilh., Landarbeiter in Streef bei Barel
 (1 553 839).
 Staute, Paul, Gärtner in Laubegast (1 548 717).
 Winzler, Heinr., Feuerling in Achmer (1 541 728).
 Rieck, Herm., Gärtner in Lübeck (1 537 597).
 Roggow, Wilh., Landarbeiter in Klein-Reinkendorf
 (1 532 729).
 Wagenhaus, Theod., Hofmeister in Weimar
 (1 523 985).

* * *

Dumke, Franz, Walbarbeiter in Schulzendorf (726 208).
 Sieke, Aug., Walbarbeiter in Grünau (715 876).
 Fröblich, Heinr., Walbarbeiter in Dürrenebersdorf
 bei Gera (710 315).
 Riettschel, Herm., Walbarbeiter in Klein-Schönebeck
 (696 676).
 Wessel, Heinr., Begebauarbeiter in Hermannsgrün
 (693 397).
 Grothe, Albert, Walbarbeiter in Grünau (688 483).
 Bartow, Alb., Walbarbeiter in Klein-Schönebeck
 (687 111).

Stellvertreter des zweiten nichtständigen Mitgliedes:

Massow, Herm., Arbeiter in Magdeburg (2 182 897).
 Red, Theod., Gärtner in Wilsel (1 587 396).
 Dörr, Adolph, Holzhauer in Wönsdorf (1 577 276).
 Hahn, Friedr., Landarbeiter in Sonneborn (1 571 184).
 Richter, Theod., Walbarb. in Lückendorf (1 569 925).
 Becker, Karl, Obergärtner in Priestewitz (1 569 209).
 Weber, Fr. Oswald, Gärtner in Friesen, Sachsen
 (1 567 630).
 Köllner, Aug., Aufseher in Weimar (1 566 179).
 Klauenberg, Ad., Landarb. in Broitzem (1 559 888).
 Regel, Joh., Walbarbeiter in Speyer (1 558 271).
 Reiser, Friedr., Forstarbeiter in Stuttgart (1 554 869).
 Schönebaum, Heinr., Kutscher in Blankenburg a. S.
 (1 549 517).
 Schmidt, Georg, Arbeiter in Grebenstein (1 546 161).
 Klein, Alphons, Gärtner in Straßburg i. E. (1 539 933).
 Reißner, Karl, Walbarbeiter in Klogische (1 537 210).
 Greinke, Herm., Riefelmärter in Wartenberg (1 527 864).
 Rieke, Christ., Arbeiter in Magdeburg (1 529 932).

* * *

Saad, Karl, Waldläufer in Neubrandenburg (717 110).
 Wöse, Aug., Vorarbeiter in Koberwitz (715 794).
 Schulz, Konr., Forstaufseher in Niede (698 354).
 Vöffler, Franz, Walbarbeiter in Rottwitz (694 214).
 Brand, Dienstknecht in Lindstur, Bayern (693 384).
 Bastian, Alb., Arbeiter in Altlandsberg (688 197).
 Rutenberg, Konr., Arbeiter in Döhren (686 787).

II. See-Unfallversicherung.

Wahlberechtigt waren 17, welche Alle gewählt haben. Gewählt wurden als

nichtständige Mitglieder:

Hartmann, Friedr., Wasserschout in Bremen (11 382).
 Engelmann, Fr. Alb., Kapitän in Stettin (11 382).

Stellvertreter des ersten nichtständigen Mitgliedes:

Bisser, Menno, Kapitän a. D. in Emden (11 382).
 v. Bülow, Fritz, Hafeninspektor in Geestemünde (11 382).

Stellvertreter des zweiten nichtständigen Mitgliedes:

Jensen, Joh. Fr., Inspektor in Flensburg (11 382).
 Seeger, Emil, Kapitän in Stettin (10 953).

Gewerbegerichtliches.

Die Novelle zum Gewerbegerichtsgesetz vom 30. Juni 1901 tritt am 1. Januar 1902 in Kraft. Ihre wichtigsten Bestimmungen waren die Zwangsvorschrift zur Errichtung von Gewerbegerichten für alle Orte mit mehr als 20 000 Einwohnern, die fakultative Zulassung von Proportionalwahlen, sowie die Verpflichtung streitender Parteien, bei Kollektivstreitigkeiten vor dem Einigungsamt zu erscheinen. Den Wortlaut der durch die Novelle getroffenen Änderungen finden unsere Leser in Nr. 27, S. 421 des „Korrespondenz-Blatt“ dieses Jahrganges.

Wahlen. In Zerbst, Freiberg und Reichenbach i. S. siegten die Arbeiterkandidaten der Gewerkschaftskartelle. In Gelsenkirchen siegte die Liste der vereinigten Christlichen und Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereine. Bei den Arbeitgeberwahlen in Reichenbach wurden nur ganze 1—3 Stimmen aufgebracht; es gibt also dort „ein stimmig“ gewählte Unternehmer. In Zerbst mußte sogar die Arbeitgeberwahl vertagt werden, da kein einziger derselben sich an der Wahl beteiligte. Machen die Herren Obstruktion? Dann könnte ja der Fall eintreten, daß nach § 16 die Unternehmervertreter ernannt werden müßten.

Kartelle, Sekretariate.

Das Brüsseler Gewerkschaftskartell beschloß in seiner jüngst stattgehabten Sitzung die Schaffung eines juristischen Beistandes (Aide juridique) für seine Mitglieder.

Als Vorbild diente die ähnliche Einrichtung der Pariser Arbeiter. Dort existiert sie seit 1890 und wird von den 62 angeschlossenen Syndikaten durch Beiträge, klassifiziert nach der Höhe der Mitgliederzahl, unterhalten. Es haben, nach der „Mouvement socialiste“, während sechs Monaten 291 Organisierte die Hilfe des Beistandes in Anspruch genommen und für 50 Arbeiter sind für ihre rein privaten Angelegenheiten die nötigen Rathschläge und schriftlichen Arbeiten gethan worden.

Für Brüssel ist, gemäß dem Projekte, die Funktion dieser Einrichtung folgendermaßen gedacht: Das permanente Sekretariat nimmt die verschiedenen Reklamationen entgegen und befördert sie dann unter Beifügung einer kurzen Darlegung des Falles an einen Advokaten oder Arzt oder Gewerbegerichtsbeisitzer, die dann das Weitere besorgen und eventuell sie vor den Gerichten vertreten. Die Unkosten werden aus der zu diesem Zweck gegründeten Kasse gedeckt.

Eine Anzahl Advokaten, Ärzte usw. haben schon für den Eintritt in ein solches Verhältnis ihre Zustimmung gegeben. Das leitende Comité soll aus Fachleuten (Juristen, Ärzte usw.) und aus den Gewerkschafts-Delegierten bestehen.

Unter die Kompetenz des juristischen Beistandes entfallen alle Rechtsstreitigkeiten die durch Streikandrohungen, Streiks, Segen auf die schwarze Liste und Arbeitsunfälle hervorgerufen werden. Die anderen Fälle bleiben wie bisher den einzelnen Gewerkschaften oder Mitgliedern zur Regelung überlassen. Jedoch steht es Letzteren frei auch hierfür das Gutachten des Beistandes einzuholen.

Diese Institution soll vorläufig nur in Brüssel eingerichtet werden, um sie dann nach einigen Jahren der Erfahrung über ganz Belgien auszudehnen.

Das Brüsseler Gewerkschaftskartell hat den einzelnen Syndikaten das Statutenprojekt zur Diskussion unterbreitet. Das kommende Jahr wird den belgischen Arbeitern eine neue, segensreiche Einrichtung bringen.

Brüssel, den 9. Dezember 1901. Chagrin.